

Das Wochenmagazin der SPÖ

SPÖ

Aktuelle

23. April 2010 - Nr. 15 - 0,70 €

www.spoe.at
„Österreich 2020“-Gastkommentar
von Barbara Prainsack zu Bioethik



Bundespräsident Dr. Heinz Fischer

**Die beste Wahl für
Österreich**

Bundespräsident Heinz Fischer hat Österreich in den letzten sechs Jahren hervorragend vertreten. Mit seinem Amtsverständnis, seiner Integrität und seinen Werten hat er viel für die Reputation des Landes getan – und nicht zuletzt dem Wirtschaftsstandort Österreich genützt. Heinz Fischer hat mit seiner Amtsführung die Top-Position im Ranking um die beliebtesten Politiker errungen. Er ist mit Sicherheit die beste Wahl – und sein untadeliges Demokratie-Verständnis sowie sein unzweideutiger Zugang zur österreichischen Zeitgeschichte sprechen für sich. Heinz Fischer kann man keine zögerliche Abgrenzung vom Dritten Reich und dessen Gräueltaten vorwerfen – im Gegensatz zur FPÖ-Kandidatin Barbara Rosenkranz und dem sie unterstützenden extrem rechten Rand des politischen Spektrums.

Daher ist es so wichtig, zur Wahl zu gehen und für Heinz Fischer zu stimmen – denn jede Stimme für den amtierenden Bundespräsidenten ist eine Stimme gegen die ewiggestrige „Kellernazi“-Ideologie einer Barbara Rosenkranz!

Eure Redaktion

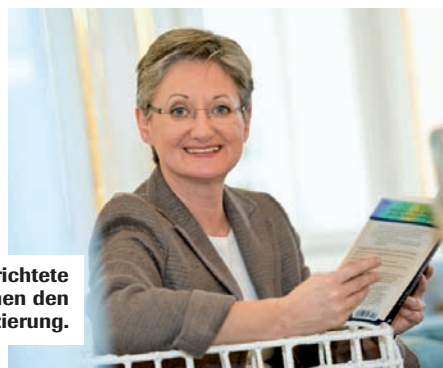
Highlights der Woche

Wahlkampf-Endspurt	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann zum Thema Budgetkonsolidierung	6
„Österreich 2020“-Veranstaltung zur Bildungspolitik	7
„Österreich 2020“-Veranstaltung zur Familienpolitik	8
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Barbara Prainsack zu Bioethik	14

Hochschulnovelle: Weiterqualifizierung für PädAk-Absolventen

Der Ministerrat hat vor kurzem eine Novelle zum Hochschulgesetz 2005 beschlossen. Absolventinnen und Absolventen der ehemaligen Pädagogischen Akademien erhalten damit die Möglichkeit, durch Upgrading-Lehrgänge den „Bachelor of Education“ zu erwerben. „Damit eröffnen wir unseren Lehrerinnen und Lehrern neue Chancen der Weiterqualifizierung, etwa den Einstieg in das Masterstudium“, freut sich Bildungsministerin Claudia Schmied. Die vom Ministerrat beschlossene Novelle des Hochschulgesetzes tritt mit

Studienjahr 2010/11 in Kraft. Gesetz werden damit wichtige Schritte in Richtung Durchlässigkeit, Professionalisierung und Verwaltungsvereinfachung, so Schmied über die Vorteile der Hochschulgesetz-Novelle. ♦

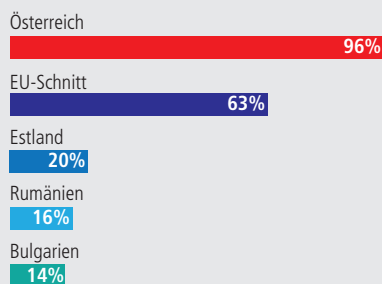


BMUKK

Bildungsministerin Claudia Schmied: Eigens eingerichtete berufsbegleitende Ergänzungsstudien ermöglichen den PädAk-Absolventen hochschulische Nachqualifizierung.

Bestnoten für unser Gesundheitssystem

Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung im Vergleich:



Quelle: Eurobarometer-Umfrage | Grafik: SPÖ

Österreichs Gesundheitswesen ist Spitzenklasse!

In keiner Nation der Europäischen Union ist das Vertrauen in die medizinische Versorgung größer als in Österreich. 96 Prozent sind davon überzeugt, dass sie im Vergleich mit dem EU-Ausland hierzulande gleichgut oder besser behandelt werden. Dieses Umfrageergebnis belegt einmal mehr die Qualität der Gesundheitspolitik von Minister Alois Stöger. Dem Gesundheitssystem vergeben 95 Prozent der Österreicher in Schulnoten ein Gut oder Sehr gut. ♦



Schedl

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

„Transparenzpaket“ gegen Geldwäsche beschlossen

Die Regierung hat ein Maßnahmenpaket zur Vorbeugung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung beschlossen („Transparenzpaket“). Der Prüfbericht der FATF (Financial Action Task Force) bescheinigt Österreich zwar ein funktionierendes System zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, ortet aber Defizite. Mit dem Regierungsbeschluss wird ein Verfahren bei der FATF vermieden. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: „Ein solches Verfahren hätte negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich.“ ♦

Zitat der Woche

„Ich bin stolz auf das Österreich von heute und seine Geschichte des Zusammenarbeitens und Aufeinander-Zugehens – und darauf, dass die Zweite Republik in eindrucksvoller Weise positive Antworten auf die Probleme der Ersten Republik gegeben hat“

Bundespräsident Heinz Fischer



Fotolia

„LLL-Strategie 2020“ – Bessere Bildungschancen für alle.

Strategie für lebensbegleitendes Lernen kommt bis Jahresende

Kürzlich gaben Bildungsministerin Claudia Schmied, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Wissenschaftsministerin Karl und Wirtschaftsminister Mitterlehner den Startschuss für die „LLL-Strategie 2020“ – die Strategie zum lebensbegleitenden Lernen. Schmied betonte: „Lebensbegleitendes Lernen zu verwirklichen heißt, dass wir Durchlässigkeit und Chancengleichheit für alle Lebens- und Bildungsphasen umsetzen müssen.“ ♦



STANDPUNKT

Für Österreich muss man Position beziehen!

In wenigen Tagen, am 25. April, findet die Bundespräsidentenwahl statt. Entscheidend ist, dass an diesem Wahlsonntag möglichst viele Österreicherinnen und Österreicher von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und klar Position beziehen. Diesen Sonntag geht es um die Wahl zum Präsidenten – und um die Visitenkarte Österreichs.

In einem seiner Fernsehauftritte wurde Bundespräsident Dr. Heinz Fischer von einer Journalistin gefragt: „Sind Sie so etwas wie das Gewissen Österreichs?“ Die Antwort lautet: Ja, der Bundespräsident ist das Gewissen – und er als Person auch Visitenkarte unseres Landes. Daher ist die Entscheidung am Sonntag leicht getroffen, wenn man die Frage beantwortet: „Wer soll für die kommenden sechs Jahre das Gewissen und die Visitenkarte Österreichs sein?“ Soll es eine Kandidatin sein, die sich wegen ihres Geschichtsbilds in permanentem Erklärungsnotstand befindet, ein Kandidat, der die Fristenlösung in Frage stellt oder der amtierende Bundespräsident Dr. Heinz Fischer?

Mit der Wahl zum Bundespräsidenten wählt man auch die Werte des Kandidaten mit. Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat immer dort klare Worte gefunden, wo diese notwendig waren. In seiner diesjährigen Neujahrsansprache betonte er die Notwendigkeit der bedarfsorientierten Mindestsicherung und erteilte Neiddebatten eine klare Absage: „Ich halte es für falsch, soziale Gerechtigkeit gegen das Leistungsprinzip auszuspielen – und umgekehrt. Wir brauchen beides – eine leistungsfähige und menschliche Gesellschaft.“

In der Frage der Budgetkonsolidierung stellte der Bundespräsident vor Kurzem klar, dass „nicht jene Menschen doppelt belastet werden dürfen, die schon am meisten unter der Wirtschaftskrise gelitten haben“ und „dass auch jene, die für die Krise verantwortlich sind, in vernünftigen Maße zur Krisenbewältigung herangezogen werden“ müssen. Auch zur Verlängerung des Assistenteneinsatzes bezog der Bundespräsident klar Stellung, betonte die Wichtigkeit des



Hofburg

Am Sonntag wird der Bundespräsident gewählt. Es ist keine Abstimmung über das Amt, sondern das Volk entscheidet darüber, wer die nächsten sechs Jahre an der Spitze unseres Staates stehen soll.

Einsatzes für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Am Sonntag geht es darum, von seinem demokratischen Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und klar Position zu beziehen, indem man sich für einen Kandidaten entscheidet.

Umso bemerkenswerter, dass prominente Vertreter der ÖVP, einer staatstragenden Partei, öffentlich dazu aufrufen, ungültig zu wählen.

Es darf aber kein Mittel parteipolitischer Taktik sein, die Menschen aufzufordern, auf ihr Wahlrecht zu verzichten, um so die Wahlbeteiligung möglichst gering zu halten. Denn eines ist klar: Die ÖVP hätte die Chan-

„Jede Stimme zählt – und jede Stimme für Dr. Heinz Fischer ist eine Stimme für Österreich!“

ce gehabt, einen Kandidaten aufzustellen, diese aber nicht genutzt.

Es wäre für die ÖVP nun höchste Zeit, klar Position zu beziehen, denn: Äquidistanz zwischen dem amtierenden Bundespräsidenten und einer FPÖ-Kandidatin, die den antifaschistischen Grundkonsens unseres Landes in Frage stellt, kann es nicht geben. Bei der Verharmlosung der schrecklichen Verbrechen der NS-Zeit kann man nicht neutral sein. Weiß oder ungültig zu wählen, ist daher – meiner Ansicht nach – keine Option.

Mittlerweile kritisieren auch einige Politiker aus dem bürgerlichen Lager die Haltung ihrer Partei. Nach Herbert Krejci, Othmar Karas, Erhard Busek, Günther Platter, Heinrich Neisser, Elisabeth Zanon, Herwig van Staa und Wilfried Stadler hat jetzt auch Benita Ferrero-Waldner deutlich gemacht, dass sie nichts davon hält, ungültig zu wählen. Sie kritisieren diese Haltung zu Recht und mit gutem Grund – weil sie wissen, was dieses Signal bedeutet.

Am Sonntag wird der Bundespräsident gewählt. Es ist keine Abstimmung über das Amt, sondern das Volk entscheidet darüber, wer die nächsten sechs Jahre an der Spitze unseres Staates stehen soll.

Wir sind alle gefordert, am 25. April zu den Urnen zu gehen, Position zu beziehen und dem besten Kandidaten unsere Stimme zu geben. Denn: Jede Stimme zählt – und jede Stimme für Dr. Heinz Fischer ist eine Stimme für Österreich! ♦

WAHL-ENDSPURT

„Wählen heißt

Bundespräsident Heinz Fischer ruft die Österreicherinnen und Österreicher dazu auf, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen – im Sinne der Demokratie!



Bundespräsident Heinz Fischer genießt die Unterstützung der Österreicherinnen und Österreicher. Der Gang zur Wahlurne ist wichtig, denn: Fischer wählen heißt Werte wählen!

„Weiß wählen heißt, von einer Möglichkeit des demokratischen Mitwirkens nicht Gebrauch zu machen.“

Bundespräsident Heinz Fischer

Bundespräsident Heinz Fischer war in den letzten Wochen in ganz Österreich unterwegs, um den Menschen bei Wahlveranstaltungen und in Einzelgesprächen zu verdeutlichen, dass die Demokratie damit legitimiert und darauf aufgebaut ist, dass die Bürgerinnen und Bürger zu den Urnen gehen und einen Kandidaten wählen. Weiß wählen heißt, „von einer Möglichkeit des demokratischen Mitwirkens nicht Gebrauch zu machen.“

Wählen hängt mit Demokratie zusammen und umgekehrt – und Wählen heißt, sich entscheiden“, so der eindringliche Appell von Bundespräsident Heinz Fischer bei seiner letzten ORF-Presserstunde vor der Wahl. Ein souveräner und sympathischer Heinz Fischer erklärte im ORF-Studio, er baue auf die Unterstützung aus allen politischen Lagern, nicht nur der Sozialdemokratie. Stimmen erhofft er sich auch von Grünen, von seinem Unterstützungskomitee mit Walter Kirchschläger, dem Sohn des ehemaligen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger sowie von traditionellen ÖVP-Wählern. Dass die ÖVP keinen eigenen Kandidaten aufgestellt habe, zeige für Fischer auch, dass er seine Sache „nicht schlecht“ gemacht habe. Dafür spricht auch, dass sich etliche aus der ÖVP klar für ihn als Bundes-

präsident aussprechen, darunter auch die ehemalige ÖVP-Präsidenschaftskandidatin Ferrero-Waldner.

Klares, deutliches Ergebnis

Ein „klares, deutliches Ergebnis“ nennt Fischer als Wahlziel und „ein Wahlergebnis, das erkennen lässt, dass die österreichische Bevölkerung klare Grenzzäune gegenüber einer gewissen Geisteshaltung setzt“. Damit spielt der Bundespräsident auf FPÖ-Kandidatin Barbara Rosenkranz und ihre sehr zögerliche Abgrenzung vom Dritten Reich an. „Ich halte das Thema der Gaskammern nicht für diskutierbar“, sagte Fischer zur eidesstattlichen Erklärung, mit der sich Rosenkranz von der NS-Ideologie zu distanzieren ver-

entscheiden“



Jackwerth



Tatic



Pertramer



Pertramer

sucht hat. Für Fischer wäre es inakzeptabel, könnte jemand nicht klar sagen, dass es sich bei den Gaskammern um „eine der größten Schandtaten des 20. Jahrhunderts“ handelt. Er selbst wolle auch weiterhin „mit Wahrhaftigkeit“ Stellung nehmen.

Kein „Gegenkanzler“, aber neue Akzente

Im Übrigen deutete Fischer an, in einer allfälligen zweiten Amtszeit neue Akzente setzen zu wollen. „Ich will ein Bundespräsident sein, der mit Hilfe der Bevölkerung und der Bundesregierung dem Land nützt.“ Keinesfalls wolle er „Gegenkanzler“ sein, der die Regierungspolitik öffentlich

„Ich halte das Thema der Gaskammern nicht für diskutierbar.“

Bundespräsident Heinz Fischer

konterkarriere. Er habe sich aber vorgenommen, „Anstöße für Diskussionen in Grundsatzfragen“ zu geben, etwa in den Bereichen Kunst, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz oder Bevölkerungsentwicklung. Zur Frage Zuwanderung und Integration sagte Fischer, dass eine Gesellschaft auf Werte wie Menschlichkeit aufbauen müsse, wenn sie eine Gesellschaft sein soll, in der fair miteinander umgegangen wird. ♦

PERSONENKOMITEE

Wählen gehen!

Prominente aus Politik, Gesellschaft und Kultur appellieren dafür, am 25. April vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

ÖGB



Wahlrecht nicht achtlos liegen lassen

„Demokratische Rechte wie das Wahlrecht darf man nicht achtlos liegen lassen, viele Menschen haben dafür jahrzehntelang gekämpft. Die Bundespräsidentenwahl ist außerdem der einzige Wahlgang in Österreich, bei dem die Menschen in direkter Wahl eine Person wählen – nämlich ihr Staatsoberhaupt.“

Ernst Foglar, ÖGB-Präsident

Pertramer



Wertschätzung von Demokratie

„Ich geh nicht wählen, weil es ein Kopf an Kopf Rennen ist, sondern weil wählen für mich eine Wertschätzung von Demokratie bedeutet.“

David Schalko, Autor und Regisseur

privat



Privileg der Demokratie

„Das Wahlrecht ist keine lästige Pflicht, sondern ein Privileg der Demokratie.“

Walter Kirchschräger, Professor für Exegese des Neuen Testaments

privat



Dieses Mal jedenfalls!

„Warum ich dieses Mal zur Wahl gehe, ist doch wohl hoffentlich klar, oder?“

Reneé Schroeder, Mikrobiologin

Baumann



Richtige Ideologie

„...wir brauchen an der Spitze unseres Landes jemanden, auf dessen Ideologie wir stolz sein können und dieser jemand ist Dr. Heinz Fischer.“

Brigitte Neumeister, Schauspielerin

BUDGETKONSOLIDIERUNG I

Budgetpfad bis 2014 beschlossen

Das Budget einnahmenseitig durch Massenbelastung zu sanieren, kommt für die SPÖ nicht in Frage. Die SPÖ-Pläne zielen darauf ab, jene zu belasten, die die Krise mitverursacht haben – also Banken und Spekulanten.

Im Zuge der letzten Ministerratssitzung beschloss die SPÖ-geführte Bundesregierung den Finanzrahmenplan bis 2014. Darin ist festgelegt, wie viel Geld die Ressorts in den einzelnen Jahren maximal zur Verfügung haben. 2011 sind Einsparungen bei Bund, Ländern und Gemeinden von rund 2,4 Milliarden Euro vorgesehen, zusätzlich sind einnahmenseitige Konsolidierungsmaßnahmen von 1,7 Milliarden Euro geplant.

Europaweit ist Österreich mit dem Rahmenplan somit eines der ersten Länder, das einen gesetzlich festgeschriebenen Budgetpfad auf Schiene bringen konnte.

Bis zum Jahresende sei nun Zeit, die vorgeschlagenen Maßnahmen einem „Echtheitstest“ zu unterziehen und sie „auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit zu stellen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. Er betonte: „Tatsache ist: Wir sind gut vorbereitet und im Zeitplan gut



Zinner

unterwegs.“ Die SPÖ hat mit ihrem 7-Punkte-Programm bereits einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. ♦

Bundeskanzler Werner Faymann will Banken, Finanzvermögen und Spekulanten in die Pflicht nehmen, damit diese einen Beitrag für die Allgemeinheit leisten.

INTERVIEW

„Wir wollen sozial gerechte Einnahmen!“

Bundeskanzler Werner Faymann spricht sich im Interview mit SPÖ Aktuell vehement dagegen aus, Österreichs Budget mit Massenbelastungen zu konsolidieren, so wie das konservative Kräfte versuchen. Der Kanzler plädiert dafür, gerecht und fair vorzugehen.

SPÖ Aktuell: Herr Bundeskanzler, die Regierung hat sich auf einen Budgetrahmen bis 2014 geeinigt. Worauf können sich die Österreicherinnen und Österreicher einstellen?

Werner Faymann: Klar ist, dass die von Spekulanten auf den Finanzmärkten verursachte Krise ein großes Loch in unser Budget gerissen hat. Die Bundesregierung steht jetzt vor der historischen Verantwortung, unseren Haushalt wieder in Ordnung zu bringen. Das richtige Sparen steht für uns im Mittelpunkt, aber ohne Einnahmen wird es nicht gehen.

Wer wird die Lasten der Krise tragen müssen?

Faymann: Massenbelastungen kommen für mich nicht in Frage – die Sozialdemo-

kratie wird eine Konsolidierung auf dem Rücken der Bevölkerung nicht zulassen. Wir fordern faire und gerechte Einnahmen. Wer die Krise mitverursacht hat und es sich leisten kann, soll endlich einen ausreichenden Beitrag für die Allgemeinheit liefern.

Finanzminister Pröll spricht von einer „Ökologisierung“ des Steuersystems. Was steckt dahinter?

Faymann: Ich kenne bisher nichts außer ein paar Überschriften. Wie es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt darstellt, scheinen sich neue Massenbelastungen dahinter zu verbergen. Ein detailliertes Konzept der ÖVP ist mir nicht bekannt. Unsere Vorschläge liegen dagegen schon län-

ger auf dem Tisch. Bis Herbst werden wir versuchen, den Koalitionspartner zu überzeugen, dass eine einfache Verteuerung des Autofahrens oder des Heizens zum Stopfen von Budgetlöchern noch keine Ökologisierung ist und schon gar nicht gerecht.

Die Präsidentschaftswahlen nahen. Einige Politiker fordern die Menschen auf, weiß zu wählen.

Faymann: Für mich steht natürlich fest, wem mein Vertrauen bei dieser Wahl gehört. Ich bitte alle Österreicherinnen und Österreicher, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen und am 25. April in der Wahlzelle eine gültige Stimme im Sinne von Rot-Weiß-Rot abzugeben. ♦

BUDGETKONSOLIDIERUNG II

SPÖ macht sich für thermische Sanierung stark

Die Steuerpläne von Finanzminister Pröll unter dem Deckmantel der „Ökologisierung“ gehen in die „komplett falsche Richtung“, kritisieren SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter.

Eine CO₂-Abgabe und die Erhöhung der Mineralölsteuer einzig als Mittel zur Budgetsanierung sind klar abzulehnen“, so Bayr. Matznetter bezeichnet die ÖVP-Pläne als „pure Abkassier-Aktion“. Gefragt sind „sozial gerechte Maßnahmen“. Von der SPÖ wird daher die Zweckbindung bei der Wohnbauförderung gefordert, damit die ökologische Wirksamkeit gesichert ist.

Thermische Sanierung schafft „win-win-Situation“

Bayr betont, dass durch die thermische Sanierung eine „win-win-Situation“ geschaffen wird. So komme es zu Energieeinsparung, CO₂-Reduktion, zusätzlichen Investitionen sowie zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Bayr verweist dabei auf eine Wifo-Studie (Wirtschaftsforschungsinstitut), wonach durch die 100 Millionen Euro, die im Konjunkturpaket II für die ther-

mische Sanierung zur Verfügung gestellt wurden, 200 Millionen an den Staat zurückgeflossen seien.

SPÖ-Wirtschaftssprecher Matznetter fordert: „Thermische Sanierung muss für alle leistbar sein. Sie kann es sein, wenn es die öffentliche Hand will.“ Er geht davon aus, dass es einen Förderbedarf bei 500.000 Haushalten innerhalb der kommenden fünf Jahre gibt. Da mit Kosten von 15.000 Euro pro Haushalt gerechnet wird, ergibt sich ein Investitionsvolumen von 7,5 Mrd. Euro. Bei einer angenommenen Zinsstützung von zwei Prozent umfasse das ein Fördervolumen von 450 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren, so Matznetter. Er betont, dass der Staat



„Die thermische Sanierung rechnet sich selbst“, so SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter.

dadurch wesentlich mehr einnimmt, als er investiert hat und dass durch das SPÖ-Modell die Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft wird. ♦

ÖVP-WISSENSCHAFTSMINISTERIUM

Virtuelle Geldverteilung

Kritik üben SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer an ÖVP-Wissenschaftsministerin Karl: Denn sie verteilt mit großer Geste Geld, das sie noch gar nicht hat.

100 Millionen Euro will ÖVP-Ministerin Karl in Wissenschaft und Forschung investieren. Was sich als Ankündigung gut anhören mag, hat aber einen gewaltigen Haken und ist politische

Chuzpe. Denn Karl will Mittel verteilen, die die ÖVP unter dem ominösen Deckmantel „Ökologisierung“ eintreiben will. Klar ist aber: Die SPÖ wird Massenbelastungen unter dem Schwindeltitel Ökologisierung entschieden bekämpfen. Kuntzl erinnerte auch daran, dass Vizekanzler Pröll zuletzt klargestellt hatte, dass er bei der ÖVP-Klubklausur nie behauptet habe, dass es 300 Millionen Euro Mehreinnahmen aus dem Titel Ökologisierung geben soll. „Wenn Karl von diesem Geld 100 Millionen Euro verteilt, stellt sich schon die Frage, wessen Wort in der ÖVP gilt: Das von ÖVP-Chef und Vizekanzler Pröll oder das von Ministerin Karl“, so Kuntzl. Zu kritisieren ist außerdem, dass in Karls Plänen „jegliche Mittel zur dringend notwendigen Verbesserung der Lehre fehlen. In diesem Zusammenhang

stellt sich daher die Frage, wo Karl einzusparen gedenkt“, unterstrich Kuntzl.

Karl verteilt Fell eines Bären, der noch nicht einmal gesichtet wurde

Auch SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer kritisiert Karls Vorgehen: „Wissenschaftsministerin Karl verteilt das Fell eines Bären, der bislang nicht gesichtet wurde und dessen Existenz grundsätzlich bezweifelt werden darf. Wenn es in der ÖVP tatsächlich Pläne für Massensteuern geben sollte, die geeignet sind, nicht nur das Budget zu konsolidieren, sondern darüber hinaus auch noch Überschüsse ergeben würden, dann würden mich die Details dieser Belastungswelle sehr interessieren.“ ♦

SPÖ



Das für den Wissenschaftsstandort Österreich so notwendige Geld kann mit dem ÖVP-„Öko-Schmäh“ nicht lukriert werden.

SCHULE

Die Zukunft der Bildung

Im Rahmen der großen Initiative „Österreich 2020“ fand vor Kurzem der erste Bildungstalk statt. Mehr als 150 Besucher erlebten eine ebenso spannende wie prominent besetzte Diskussion. Mit dabei waren u.a. Bildungsministerin Claudia Schmied und Bildungsforscher Andreas Schleicher.



Bildungsministerin Claudia Schmied: „Mehr Bildung heißt mehr Zukunft“.

Bildung in die Zukunft steuern – Herausforderungen, Ziele, Meilensteine – das war das Thema des Bildungstalks im Architekturzentrum Wien. Unter der Moderation von Gabriele Schmid (Leiterin Abteilung Bildungspolitik AK Wien) diskutierten über wichtige bildungspolitische Zukunftsfragen neben Ministerin Claudia Schmied und Andreas Schleicher: der Lehrer und Publizist Nikolaus Glattauer, die Vizepräsidentin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands Katharina Schinner und die Regionalgeschäftsführerin GPAdjP Wien Barbara Teiber. Gleich zu Beginn umriss Claudia Schmied ihr Politikverständnis als Bildungsministerin: „Es ist mir sehr wichtig, mit allen Betroffenen ins Gespräch zu kommen, verschiedene Meinungen zu hören, in die Wahrnehmung zu gehen und dann zu entscheiden.“ Klar ist für Schmied auch, dass „Schule nicht nur als Ort der Wissensvermittlung begriffen

werden darf, sondern auch als Ort der Kreativität und Innovation.“ Für das Jahr 2020 wünscht sich Schmied, dass alle Projekte, die bereits jetzt erfolgreich in der Umsetzung sind, Realität und Normalität geworden sind.

Mehr Eigenverantwortung am Schulstandort

„Wir leben in einer Verordnungs- und Erlasskultur. Bis 2020 müssen die Schulen mehr Eigenverantwortung am Schulstandort und auch Freiräume für die Entwicklungsarbeit erhalten“, so Schmied. In

der Schule der Zukunft geht es vor allem darum, die jungen Menschen entlang ihrer Talente und Begabungen zu fördern. Denn der Wohlstand eines Landes wird im Klassenzimmer entschieden. Daher soll Schule, so Schmied, als Lebensraum und Arbeitsplatz begriffen werden. Nach den vielen bereits erfolgreich umgesetzten Bildungsreformen (z.B. kleinere Klassen, Neue Mittelschule) ist jetzt auch die Zeit der Umsetzung für weitere wichtige Projekte wie die neue Lehrerbildung und der Ausbau ganztägiger Schulangebote gekommen. „Wir müssen Allianzen bilden, Kräfte bündeln und Maßnahmen umsetzen“, so Schmied.

Informative Diskussion

Bildungsforscher Andreas Schleicher betonte in seinem Impulsreferat, dass in der Zukunft Lehrerinnen und Lehrer benötigt würden, die die Schüler als Experten begleiten und dabei unterstützen, durch eigenständiges Denken und Handeln selbstständig und kooperativ zu lernen. „Wichtig ist, dass wir die Talente und Begabungen der jungen Menschen entdecken und fördern“, erklärte Katharina Schinner. Barbara Teiber verdeutlichte in ihrem Statement, dass es „die Herausforderung für 2020 ist, Kinder und bildungsabgeneigte Gruppen für Bildung und Ausbildung zu begeistern.“ Nikolaus Glattauer stimmte mit Bildungsministerin Schmied überein, dass „die Schule die Möglichkeit haben muss, mehr Profil zu entwickeln.“ Er forderte: „Zurücknehmen der Schulbehörden. Stärken der Schulen.“ ♦

Ein hochkarätiges Podium – u.a. der OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher – setzte sich im Rahmen des Bildungstalks mit wichtigen bildungspolitischen Zukunftsfragen auseinander.



FAMILIEN

Moderne Formen des Zusammenlebens

Scheidungen, Alleinerzieher, Patchworkfamilien – Im Rahmen der Initiative „Österreich 2020“ diskutierten Politiker und Experten in einer Enquete darüber, wie die Politik auf die neuen Formen des Zusammenlebens reagieren soll.

Die Familienpolitik steht vor großen Herausforderungen in puncto Familie, Zusammenleben, Partnerschaft und Elternschaft“, sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der SPÖ-Enquete „Vielfalt & Verantwortung – Moderne Formen des Zusammenlebens“. Sie betonte, dass es neben dem „traditionellen“ Familienmodell auch „neue“ Formen des Zu-

sammenlebens gibt, die eine sozial gerechte Familienpolitik berücksichtigen muss. Viele Paare leben in einer Lebensgemeinschaft und im Gegensatz zur Ehe gibt es keinen rechtlichen Rahmen für Ansprüche auf Unterhalt, Pension oder auf die gemeinsame Wohnung – auch im Fall von gemeinsamen Kindern. Es brauche eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, ob aus eheähnlichen Lebensge-

meinschaften ebenso Ansprüche entstehen sollten, sagte die Ministerin.

Schon viel erreicht

„Wir haben vieles erreicht, etwa mit der Eingetragenen Partnerschaft, im Unterhaltsrecht oder im Gewaltschutz. Aber wir müssen weitermachen, um zu einer echten Gleichstellungspolitik zu kommen“, erklärte SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. Justizsprecher Hannes Jarolim erinnerte daran, dass Gleichheit nicht nur vor dem Gesetz, sondern vor allem durch das Gesetz hergestellt werden muss. Er betonte: „Unnachgiebig und offensiv müssen wir eine Modernisierung des Familienrechts vorantreiben, bis sich unsere Forderungen auch in der Wirtschaft wiederfinden.“ SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier forderte ein „großes Maß an Toleranz, Respekt und Verständnis vor allem für die Kinder, die von Trennungen betroffen sind“, ein – denn Patchwork-Familien seien Realität und müssten berücksichtigt werden. ♦



Die Teilnehmer der Enquete – darunter Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier, Justizsprecher Hannes Jarolim und Frauensprecherin Gisela Wurm – diskutierten gemeinsam mit Experten soziale Realitäten und mögliche Veränderungen im Familienrecht.

FINANZEN

„Faires Angebot für Prüfung von Fördergeldern“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will sämtliche Förderungen für Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe genau unter die Lupe nehmen.

Vor wenigen Monaten pochte die ÖVP noch auf die Einführung eines sogenannten Transferkontos. Der Grund dafür war klar: Unter dem Vorwand der Transparenz von Sozialleistungen sollte ein groß angelegter Sozialabbau untermauert werden. Freilich sind bereits fast 100 Prozent der Sozialleistungen in Österreich transparent, wie auch das Sozialministerium bestätigt. Wie ernst es den Konservativen also mit der „Transparenz“ war, sei daher dahingestellt. Nun hat sich die Bundesregierung im Zuge ihrer letzten Klausur auf die Errichtung einer Arbeitsgruppe zur Transparenzdatenbank (Tradaba) geeinigt. Das sorgte bei einigen Beobachtern aufgrund der sprachlichen Ähn-

lichkeit mit dem ÖVP-Vorschlag für Verwirrung. De facto stehen bei der Transparenzdatenbank aber andere Fördersektoren im Mittelpunkt: Licht ins Dunkel, wo wenig bis gar keine Transparenz vorherrscht, nämlich bei Unternehmens- und Landwirtschaftsförderungen. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sind zum Beispiel „die rund 3,5 Milliarden Euro Unternehmensförderungen jährlich derzeit total zersplittert und schwer überschaubar“.

Daher schlägt Kräuter der ÖVP, die seit langem „mehr Transparenz“ verlange, eine genaue Durchleuchtung der verschiedenen Geldflüsse vor. „Eines der Probleme ist, dass die finanziellen Leistungen von den verschiedensten Stellen ausbezahlt werden“,

sagt Kräuter. Der ehemalige Rechnungshofsprecher schätzt beispielsweise die Summe „der indirekten und versteckten Förderungen für die Landwirtschaft auf 2,2 bis 4,6 Milliarden“ pro Jahr. ♦

280 Millionen Euro an Einsparvolumen könnte die Abschaffung von Doppelgleisigkeiten bei Firmen- und Landwirtschaftsförderungen bringen, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.



ARBEITSRECHT

Arbeiter und Angestellte rechtlich gleichstellen

Nicht alle Arbeiter haben im Falle einer Dienstverhinderung das Recht auf Entgeltfortzahlung. Sozialminister Rudolf Hundstorfer fordert daher einmal mehr die rechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten.

Aufgrund der Luftraumsperrungen in Folge der Vulkanasche-Wolke saßen zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher im Ausland fest und konnten ihre Arbeit am Montag nicht rechtzeitig antreten. In den meisten Fällen gilt die Dienstverhinderung als entschuldigt. Angestellte haben weiter Anspruch auf Gehalt, sie müssen aber ihren Dienstgeber vom Fernbleiben informieren. Arbeiter haben grundsätzlich ebenso Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Der Kollektivvertrag kann allerdings eine davon abweichende Regelung zu Ungunsten des Arbeiters vorsehen. „Eine sofortige gesetzliche Änderung für die völlige rechtliche Gleichstellung bei Dienstfreistellungen ist jederzeit möglich“, betont Hundstorfer, der die ÖVP auffordert,

der Anpassung im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) ehestmöglich im Parlament zuzustimmen.

Csörgits: Schluss mit der Ungleichbehandlung

Für SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits steht fest: „Die Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern gegenüber Angestellten bei Dienstfreistellungen ist nicht mehr zeitgemäß, durch nichts zu rechtfertigen und gehört endlich beseitigt.“ Schon während der neuen Grippe gab es Probleme für Arbeiter, die wegen geschlossener Schulen keine Beaufsichtigung für ihre Kinder fanden und bei Dienstfreistellung keinen Entgeltanspruch hatten, wenn der Kollektivvertrag



BMASK

Sozialminister Rudolf Hundstorfer fordert die ÖVP auf, der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten zuzustimmen: Ein entsprechender Entwurf wurde dem Parlament bereits übermittelt.

etwas anderes vorsieht. Die SPÖ hatte schon damals eine gesetzliche Änderung vorgeschlagen, die aber von der ÖVP abgelehnt wurde. ♦

BUNDESHEER

Hubschrauber-Flotte mit neuer Technik

Verteidigungsminister Norbert Darabos gibt den Startschuss für die Modernisierung der Hubschrauberflotte.

Das Österreichische Bundesheer bringt die gesamte Hubschrauberflotte AB212 auf den neuesten Stand der Technik. Die Avioniksysteme werden ersetzt und die Nachtsicht- und Selbstschuttfähigkeit erhöht. Die AB212-Hubschrauber sind damit weitere 25 Jahre voll einsatzfähig – das entspricht etwa 100.000 Flugstunden“, verkündete Verteidigungsminister Norbert Darabos anlässlich der Investition von 63 Millionen Euro. „Diese Investition zeigt, dass Schritt für Schritt in die Ausrüstung der Truppe und damit in den Schutz der Soldatinnen und Soldaten investiert wird“, so Darabos. Die AB212-Hubschrauber sind als Rückgrat der militärischen Lufttransportkapazität eine unverzichtbare Komponente für die erfolgreiche Auftragserfüllung des Österreichischen Bundesheeres. ♦

Erfolgreiche Einsätze bei Katastrophen größeren Umfangs, wie beim Galtür-Unglück 1999, beim Hochwassereinsatz 2002 oder beim internationalen Löscheinsatz in Griechenland 2007, wären ohne die fliegenden Helfer AB212 nicht möglich gewesen.



Bundesheer-Gorup

SERIE MUSEUMSPOLITIK (2)

Gratis-Eintritt und Kulturvermittlung

Teil 2 der SPÖ Aktuell-Serie zum Gratis-Eintritt in Museen: Diesmal stellen wir die Vermittlungsangebote des Belvedere, der Albertina und des Kunsthistorischen Museums vor.

ots-formanek



Weckt die Kulturgeisterung und fördert das spielerische Lernen: Der Gratis-Eintritt in Bundesmuseen.

Kulturministerin Claudia Schmied hat mit dem Gratis-Eintritt bis 19 dafür gesorgt, dass die Sammlungen Österreichs für Kinder und Jugendliche geöffnet werden – und das ohne soziale Barrieren. So können Schulklassen im Kunsthistorischen Museum „Wien heute und zur Zeit Maria Theresias“ erleben. Im Belvedere gibt es die Aktion „Im Atelier – Open Hours“: Kunststudenten arbeiten mit Schülern im Atelier. Und in der Albertina ist das „Ateliernobil“ an den Start gegangen. Es beinhaltet Arbeitsmaterialien für Schüler, die keine Kunstvermittlung in Anspruch nehmen. ♦

Weltwirtschaft

Im freien Fall

Der freie Fall der Weltwirtschaft begann im Herbst 2008 mit dem Zusammenbruch der Investment-Bank Lehman Brothers. In seinem neuen Buch fragt Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, wie es dazu kommen konnte.

Mit der Wirtschaftskrise hat sich die jahrzehntelang herrschende Wirtschaftsdoktrin selbst entzaubert: Falsche Anreize, entfesselte Märkte und eine ungerechte Verteilung des Reichtums haben die Welt an den Rand des Abgrunds geführt. Für Joseph Stiglitz ist klar: Ein „Weiter so“ kann es nicht geben. Statt mit hektischen Rettungsmaßnahmen die eigene, nationale Wirtschaft zu retten und

danach wieder zur Tagesordnung überzugehen, müssen wir diesen kritischen Moment nutzen, um eine neue globale Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen. Neben einer besseren Regulierung der Finanzmärkte und einer aktiveren Rolle des Staates in der Wirtschaft, müssen wir vor allem dafür Sorge tragen, weltweit Arbeitsplätze zu sichern und den Wohlstand gerechter zu verteilen. ♦

Wirtschaftskrise

Mythen der Krise

Die Autorinnen und Autoren nehmen sich kursierende Mythen rund um Krisenursachen, Krisendynamiken sowie Krisenlösungen vor und prüfen sie auf ihre Plausibilität.

Zu Beginn der aktuellen Krise schien der Neoliberalismus, ja der Kapitalismus insgesamt, schweren Legitimationsschaden zu nehmen. Mittlerweile haben sich seine Verfechter wieder erholt und versuchen, ihre Lehren zu verteidigen. Mit Mythen wie „Der Staat ist schuld an der Krise“ oder „Europa ist nur Opfer“ wird Ursachenverleugnung betrieben. Mit Ansagen wie „Jetzt droht die Hyperinflation“ oder „Jetzt müssen alle den Gürtel enger schnallen“ wird

versucht, eine Abkehr von der herrschenden wirtschaftspolitischen Doktrin zu verhindern. Mit Warnungen wie „Die Banken sind um jeden Preis zu retten“ wird beschleunigt in Sackgassen gesteuert. Krisenmythen haben Konjunktur. Damit das nicht so bleibt, wird in diesem Buch eine Auswahl der häufigsten Krisen-Mythen analysiert und einer kritischen Gegenargumentation unterzogen, in der auch Alternativen nicht zu kurz kommen. ♦

Zukunftsforschung

Die Zukunftsmacher

Erfahren Sie heute, woran die Nobelpreisträger von morgen forschen! Faszinierende Einblicke in die Arbeit einer neuen Forschergeneration, die unser zukünftiges Leben wesentlich prägen wird.

Müssen wir alle irgendwann in den Norden ziehen? Wie lernen Insekten Sozialverhalten? Wie stiegen die Menschen von den Bäumen und warum ist ihnen niemand gefolgt? Was ist eigentlich dunkle Energie?

Eine neue Generation vielversprechender junger Wissenschaftler – einige der brilliantesten Köpfe unserer Zeit – stellen nicht nur ihre innovativen Forschungsziele vor, sondern erörtern

auch deren sozialen, ethischen und philosophischen Auswirkungen. Max Brockman versammelt in diesem Band Essays von erstaunlicher Bandbreite – Astrophysik, Paläontologie, Neurowissenschaft, Psychologie, Anthropologie, Virusforschung und Klimakunde – dank derer wir der Zeit einen Schritt voraus sein können. Ein ambitionierter und informativer Führer in die Zukunft der Wissenschaft. ♦



..... Stk.



Joseph Stiglitz:

Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft.

Siedler Verlag, München 2010;
448 S., 25,70 €



..... Stk.



Beigewurm/Attac (Hrsg.):

Mythen der Krise.

VSA Verlag,
Hamburg 2010;
128 S., 11,10 €



..... Stk.



Max Brockman (Hrsg.):

Die Zukunftsmacher.

S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2010;
272 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



ARBEITER-FISCHER

Win-Win Projekt für Schifffahrt, Hochwasserschutz und Ökologie



Arbeiterfischer

VÖAFV-Präsident Günther Kräuter und Infrastrukturministerin Doris Bures mit Vertretern verschiedener Fischerei-Organisationen.



Neben einer Verbesserung für die Schifffahrt bei Niedrigwasser unterstützt ein EU-gefördertes Projekt den Hochwasserschutz und belebt die Fischfauna.

Mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung der EU startet in wenigen Monaten ein Megaprojekt der Österreichischen

Wasserstraßen-Gesellschaft „via donau“ und des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Mit Hilfe von hochkarätigen Wissenschaftlern wurde ein Konzept erarbeitet, das einerseits durch Vertiefungen die Schifffahrt auf der Donau bei Niedrigwasser entscheidend verbessert, andererseits die Ufer- und Auzonen durch umfangreiche Wiederanbindungen belebt und

überdies den Hochwasserschutz östlich von Wien unterstützt.

Im Interesse von Ökologie und Verkehr

Verkehrsministerin Doris Bures stellt anlässlich einer Gesprächsrunde mit hochkarätigen Fischereiverantwortlichen fest: „Ich freue mich sehr, dass wir gemeinsam ein Projekt verwirklichen, das mein verkehrspolitisches Anliegen der Verbesserung der Donauschifffahrt ebenso voranbringt wie die Interessen der Ökologie und der Fischerei. Die Schifffahrt zählt zu den umweltschonendsten Verkehrsmitteln überhaupt, unser interdisziplinärer Projektansatz stößt daher europaweit auf Interesse.“ Der Präsident des Verbandes der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine (VÖAFV), SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, ergänzt: „Entlang des Hauptflusses Donau und besonders in den angrenzenden Auegebieten eröffnen sich neue Möglichkeiten für eine selbstständige, reproduktionsfähige und standortkonforme Fischfauna. Wir stehen voll und ganz hinter dem Projekt.“ ♦

SOZIALISTISCHE JUGEND

Vorurteile abbauen!



Mit einer Reihe von Aktionstagen will die Sozialistische Jugend (SJ) Jugendliche gegen Rassismus und Rechtsextremismus organisieren.

Nach Ansicht der Sozialistischen Jugend zeigt die Teilnahme zahlreicher Jugendlicher an den Protesten gegen die extrem rechte FPÖ-Präsidentschaftskandidatin Rosenkranz, dass die Jugend nicht am rechten Rand steht, sondern aktiv gegen rassistische Parolen, mittelalterliche Frauenbilder und rechtsextreme Netzwerke auftritt. „Egal ob in der Schule, in der Disco oder auf der Straße – Rassismus ist immer noch allgegenwärtig. Wenn sich Rechtsextreme im Internet organisieren,

auf der Straße marschieren oder Bälle veranstalten, müssen sich auch jene organisieren, denen rechte Netzwerke ein Dorn im Auge sind“, erklärt SJÖ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi.

Sampler gegen Rechts

Auf der neu eingerichteten Homepage www.lautgegenrassismus.at wird ein Anti-Rassismus-Sampler zum Download angeboten. Höhepunkte der Anti-rassismus-Kampagne sind auch dieses Jahr wieder das Antifaschismus-Seminar in Weißenbach/Attersee (7. bis 9. Mai) und die Teilnahme an der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen (9. Mai). ♦



Unter www.lautgegenrassismus.at können Songs gegen Rassismus und Rechtsextremismus gratis heruntergeladen werden.

BURGENLAND

Vom Ziel 1-Gebiet zum „Nummer 1-Gebiet“



In den vergangenen Monaten hat die burgenländische SPÖ eine breite Diskussion für den weiteren Aufstieg des Burgenlands geführt. Über 10.000 Burgenländer beteiligten sich.

Vor rund 400 Gästen wurden im Eisenstädter TechLab die Ergebnisse der SPÖ-Zukunftsdiskussion „Wir Burgenländer-Zukunftsforum“ präsentiert. Der Gesamtkoordinator des Projekts, SPÖ-Klubchef Christian Illedits, zieht eine positive Bilanz über das Projekt: „Bei 48 Veranstaltungen und via Internet haben wir weit über 10.000 Burgenländerinnen und Burgenländer erreicht. Das war die breiteste Zukunftsdiskussion, die es im Burgenland überhaupt jemals gegeben hat.“ Der entstandene Ideen-Pool soll nun die politische Arbeit der SPÖ Burgenland



Landeshauptmann Hans Niessl mit seinem Team beim Finale des „Wir Burgenländer-Zukunftsforums“. Das SPÖ-Zukunftsprojekt soll das Burgenland zum Nummer 1-Gebiet machen.

bis 2020 mitbestimmen. „Die SPÖ ist damit die einzige Partei, die einen langfristigen Gestaltungsanspruch hat“, so Illedits. Für Landeshauptmann Hans Niessl ist das Ziel seiner Arbeit klar: Das Bur-

genland soll ein „Nummer 1-Gebiet“ werden. „Vor allem bei modernen Arbeitsplätzen, Bildung, Energie und sozialer Fairness“, so Niessl.

Burgenland 2020: „Nummer 1-Gebiet“

„Durch eine breite Innovationsinitiative wollen wir einen nachhaltigen Aufschwung erreichen, der alle Bevölkerungsgruppen einbezieht“, erklärt Niessl das angepeilte Ergebnis. Eine zentrale Rolle werden Green-Jobs spielen: Durch ökologisches Wachstum soll Vollbeschäftigung erreicht werden. Bis ins Jahr 2020 soll das Burgenland die erste energieautarke Region werden. Die positiven Folgen für die Bevölkerung liegen auf der Hand: Mehr Jobs und geringere Energieausgaben bedeuten mehr Kaufkraft und Wohlstand für die Bürger. ♦

SPÖ FRAUEN

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur unterstützen die Forderung der SPÖ Frauen nach Einkommenstransparenz.

Trotz gleicher Qualifikation verdienen Frauen immer noch um 15 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Um mit diesem Missstand aufzuräumen, fordern die SPÖ Frauen, dass die Fakten zu den Einkommensunterschieden in einem Betriebe auf den Tisch gelegt werden. Über eine Verankerung der Lohntransparenz im Gleichbehandlungsgesetz kann dies erreicht werden. Unter plattform.frauen.spoe.at können auch Sie die Forderung nach Einkommenstransparenz unterstützen. ♦



Fotos: SPÖ Frauen

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Staatssekretär Josef Ostermayer mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Publizistin Elfriede Hammerl: Das sind nur einige der vielen prominenten Unterstützerinnen und Unterstützer der SPÖ Frauen-Forderung nach Einkommenstransparenz.



Universität Wien

Gesünder durch das Internet?

Die im Gesundheitsbereich immer zentraler werdende Rolle des Internets wirft eine Reihe an zu klärenden Fragen für Gesellschaft und Bioethik auf.

„Private Unternehmen bieten im Internet Tests an, die mittels der Analyse des individuellen Erbguts Auskünfte über genetische Risikofaktoren für eine Reihe von Krankheiten zu geben versprechen.“

Bioethische Fragestellungen betreffen häufig die Grundbegriffe unseres sozialen und politischen Zusammenlebens. Welche Akteurinnen und Akteure etwa in der Debatte um die embryonale Stammzellenforschung Gehör finden, sagt etwas darüber aus, wer als Entscheidungsinstanz über heikle moralische Fragen akzeptiert wird. Bioethische Diskussionen spielen auch bei der Grenzziehung zwischen der individuellen Entscheidungssphäre der Bürgerinnen und Bürger und der staatlichen Gestaltungsmacht eine Rolle. Die gesellschaftliche Diskussion bioethischer Fragen erfüllt daher eine wichtige demokratische und politische Funktion.

Gleichzeitig beobachten wir fernab medienwirksamer Themen wie der Embryonenforschung Entwicklungen in anderen Forschungsgebieten, die in den nächsten Jahren viele von uns unmittelbar betreffen werden. Eine dieser Entwicklungen ist die immer zentraler werdende Rolle des Internets im Gesundheitsbereich. Die Anzahl der Menschen, die im Internet nach Fragen betreffend die Diagnose und Therapie medizinischer Probleme suchen, wächst rasant. In England werden Krankenhaustermine online gebucht, und Internetfragebögen helfen bei der Entscheidung, ob bei konkreten Beschwerden ein Arztbesuch erforderlich ist. Patientinnen und Patienten organisieren sich im Internet und fordern mehr Forschung für „ihre“ Krankheiten. Zudem bieten private Unternehmen im Internet Tests an, die mittels der Analyse des individuellen Erbguts Auskünfte über genetische Risikofaktoren für eine Reihe von Krankheiten zu geben versprechen.



Bilderbox

Biotechnologische Entwicklungen werden viele von uns in den nächsten Jahren unmittelbar betreffen. Die gesellschaftliche Diskussion bioethischer Fragen erfüllt daher eine wichtige demokratische und politische Funktion.

Diese Entwicklung wirft eine Reihe von Fragen auf. Wie sicher sind etwa die Gesundheitsdaten, die private Gentest-Anbieter im Internet speichern? Sind Personen, die sich solchen Tests unterzogen haben, vor unberechtigtem Zugriff auf ihre Daten durch Dritte wirksam geschützt? Welche Beratungsbedürfnisse haben Menschen, die Gentests im Internet ohne Vermittlung durch medizinische Expertinnen und Experten durchführen? Welche Kosten können dadurch dem Gesundheitssystem – und damit der Allgemeinheit – entstehen? Kann es Folgen haben, wenn jemand etwa wiederholt im Internet nach Information über psychische Erkrankungen sucht?

Nicht zuletzt muss verhindert werden, dass diese Entwicklungen zu einer Verschärfung bestehender gesellschaftlicher Ungleichheiten beitragen. So dürfen etwa

ältere Menschen oder jene, denen Möglichkeiten oder Mittel fehlen, sich Gesundheitsinformation im Internet zu beschaffen, keine entscheidenden Nachteile erfahren. Ebenso müssen wir einer Entwicklung vorbeugen, die etwa die Durchführung von Tests im Internet, welche uns über genetische Krankheitsrisiken aufzuklären versprechen, als moralische Pflicht gesundheitsbewusster Menschen zu verstehen beginnt. ♦

Barbara Prainsack ist als Senior Lecturer am Centre for Biomedicine & Society des King's College London tätig und im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften Gastdozentin an der Goethe Universität in Frankfurt. Sie zählt zur Gruppe der projektbegleitenden Expertinnen und Experten von „Österreich 2020“.

TERMINKALENDER

Donnerstag, 29. April

Ausstellungseröffnung

Anlässlich des 120-Jahr-Jubiläums der internationalen Feier zum 1. Mai zeigt das Österreichische Museum für Volkskunde bis zum 12.09.2010 die Sonderausstellung „Der 1. Mai – Demonstration. Tradition. Repräsentation“, die Einblicke in historische Verläufe und Brüche der Feiertadition dieses politischen Fest- und Kampftages gibt. Information:

www.volkskundemuseum.at,

T +43 (1) 406 89 05 15

Beginn: 19.30 Uhr

**Österreichisches Museum für Volkskunde
Gartenpalais Schönborn**

Laudongasse 15-19

1080 Wien

Maifeiern

Zum „Tag der Arbeit“ finden in ganz Österreich wieder SPÖ-Kundgebungen und Veranstaltungen statt. Hier finden Sie eine Auswahl wichtiger Termine der SPÖ-Bundespolitikerinnen und -Politiker:

Freitag, 30. April

Platzkonzert und Fackelzug zum 1. Mai

mit Bundeskanzler Werner Faymann

Beginn: 19.00 Uhr

Parndorf, Burgenland

Maikundgebung

mit Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

Beginn: 19.30 Uhr

Gänserndorf, Niederösterreich

Samstag, 1. Mai

Wien

Traditioneller Mai-Aufmarsch am Wiener Rathausplatz u.a. mit Bundeskanzler Werner Faymann und BM Doris Bures

8.00 Uhr, Rathausplatz

Niederösterreich

mit BM Gabriele Heinisch-Hosek

9.00 Uhr, St. Pölten, Rathausplatz

mit LH-Stv. Sepp Leitner

13.30 Uhr, Waidhofen/Thaya,

AK-Parkplatz

Burgenland

mit BM Norbert Darabos und

LR Verena Dunst

10.00 Uhr, Olbendorf

mit Platzkonzert, LR Peter Rezar,

LH Hans Niessl und BM Norbert Darabos

13.30 Uhr, Raiding

Oberösterreich

mit BM Alois Stöger

9.00 Uhr, Linz, Hauptplatz

11.00 Uhr, Grain

mit BM Claudia Schmied

10.00 Uhr, Steyr

mit NR-Präsidentin Barbara Prammer

9.00 Uhr, Timelkam, Rathausplatz

Salzburg

Fest der Sozialdemokratischen Gewerkschafter

11.00 Uhr, Salzburg,

ÖGB/AK-Haus

Kärnten

9.30 Uhr, St.Veit/Glan, Hauptplatz

10.00 Uhr, Klagenfurt, Kreuzberg

10.00 Uhr, St. Jakob/Rosental,

Vorplatz Kulturhaus

10.00 Uhr, Spittal, Schlosspark

Steiermark

mit BM Rudolf Hundstorfer und

LH Franz Voves

9.45 Uhr, Bruck/Mur,

Koloman-Wallisch-Platz

mit BGF Günther Kräuter

11.00 Uhr, Graz, Hauptplatz

11.00 Uhr, Pernegg

Tirol

Maikundgebung mit Volksfest

11.00 Uhr, Innsbruck, Rapoldipark

Vorarlberg

Landesweite 1. Mai-Feier

mit BM a.D. Erwin Buchinger

Frastanz, Adalbert-Welte-Saal

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Pertramer, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.redbook.at

campa ist jetzt redbook!

Bisher hieß die rote Community-Plattform im Netz „campa“, daraus wurde nun „redbook“. Die runderneuerte Seite ist ein Netzwerk für Menschen, die am Kontakt und der Mitarbeit in der Sozialdemokratie in Österreich interessiert sind. Für die bisherigen Campa-User ändert sich vom Prozedere her nicht viel. Username und Passwort bleiben gleich und auch alle bisher hochgeladenen Informationen bleiben erhalten. Es

gibt allerdings mehr Möglichkeiten beim Profil, bei den Gruppen und in den anderen Bereichen von redbook, die darauf warten, entdeckt zu werden. Redbook will einen virtuellen Ort zur Verfügung stellen, an dem sozialdemokratische Kontakte ausgetauscht werden können. Dort können sich Teams organisieren und die Menschen, die der Sozialdemokratie nahe stehen, mit der SPÖ in Dialog treten. Dabei steht redbook nicht in



Konkurrenz mit den großen kommerziellen Plattformen. Wer Öffentlichkeit im Internet erreichen will, sollte auf facebook sein – wer wissen will, wie er oder sie dabei die Sozialdemokratie unterstützen kann, sieht auf redbook nach. ♦



Neue Oper:

Der Oscar-prämierte Filmemacher Stefan Ruzowitzky hat mit seiner Inszenierung der Oper „Freischütz“ brilliert. Bei der Premiere im Theater an der Wien mit dabei: Bundeskanzler Werner Faymann.

Neue Jugendwerkstatt:

In Wien-Donaustadt gibt es seit kurzem eine neue Produktionsschule. Bei der Eröffnung mit dabei war Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Er freute sich darüber, dass es bundesweit schon 19 Produktionsschulen gibt, die für beste Qualifizierung von Jugendlichen sorgen.



Neue Ausrüstung:

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller hat vor kurzem einen Ärzte-Notfallrucksack im Wert von 2.800 Euro an den Landesverband der Höhlenrettung übergeben. „Der Salzburger Höhlenrettungsdienst ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Katastrophenhilfsdienstes des Landes“, so Burgstaller.

Neuer Platz:

Zu Ehren des 2008 verstorbenen Altbürgermeisters Helmut Zilk ist der Platz vor der Wiener Albertina zum Helmut-Zilk-Platz geworden. Bei der Enthüllung des Straßenschilds waren u.a. mit dabei: Bundeskanzler Werner Faymann, Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Dagmar Koller sowie Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny.

